

Die Ukraine vor der Präsidentschaftswahl (I)

Ende März findet in der Ukraine die Präsidentschaftswahl statt. Die Meinungsumfragen stellen der politischen Machte elite ein schlechtes Zeugnis aus. Es führt derzeit mit Woldymyr Selenskyj ein Komiker, dessen politischer Rucksack daraus besteht, dass er jahrein, jahraus in Fernsehshows die politischen Grössen des Landes parodiert. In einer Fernseh-Serie «Diener des Volkes» machte er sich 2016 bereits selber zum Präsidenten – und räumte dann fiktiv in der korrupten Elite auf. Diese Fernseh-Illusion scheint vielen Bürgern offensichtlich überzeugend genug zu sein. Beunruhigend ist auch, dass er einem gewichtigen Oligarchen des Landes sehr nahestehen und von ihm abhängen soll. Laut einer Umfrage im Januar lag Selenskyj bei rund 23 Prozent; der Amtsinhaber Petro Poroschenko und das ukrainische Politik-Urgestein Julia Timoschenko um die 16 Prozent. Der Verdross über die Politik ist gross im Lande.

Vor fünf Jahren, anlässlich der letzten Wahlen im Mai 2014, war das anders. Das Land hatte gerade tief greifende Ereignisse hinter sich, aber es herrschte Aufbruchstimmung.

Ein Rückblick: Der damalige Präsident Viktor Janukowitsch hatte sich im November 2013 geweigert, die zur Unterschrift bereitliegenden Assoziierungs- und Freihandelsverträge mit der Europäischen Union zu unterschreiben. Er gab damit dem mächtigen politischen Druck und den finanziellen Verlockungen des Kremls nach. Russland wollte mit allen Mitteln verhindern, dass die Ukraine in Richtung Westen abdriftet. Das Horrorszenario für Putin war – obwohl es damals als Thema nicht auf dem Tisch lag –, dass die Ukraine eines Tages der NATO beitreten könnte.

Danach begannen in Kiew Massendemonstrationen gegen Janukowitsch. Monatelang wurde gestritten – am Schluss blutig. Anlässlich der Eskalation in der zweiten Feb-

ruar-Hälfte gab es über hundert Todesopfer. Janukowitsch setzte sich danach nach Russland ab, das prowestliche (unterstützt vom nationalistischen) Lager übernahm die Macht. Kurz darauf besetzten Putins Truppen die Krim. Zudem zündelte Russland im äussersten Osten der Ukraine – militärisch, finanziell und vor allem propagandistisch heizte es den Streit zwischen prorussischen Kräften und der Regierung in Kiew an. Es kam zum Krieg, bei dem bis heute über zehntausend Menschen starben.

Das war der Kontext, in dem die Wahlen stattfanden. Spitzenkandidat war Petro Poroschenko. Ein Milliardär, insbesondere bekannt durch sein Schokoladen-Imperium, der unter verschiedenen Regierungen als Minister tätig war. Er hatte sich frühzeitig auf die Seite der proeuropäischen Demonstranten geschlagen.

Poroschenko war angetreten mit dem Versprechen auf ein besseres Leben und dass er

den Konflikt im Osten des Landes innert ein paar Wochen beenden werde. Da hatte er die Rechnung aber ohne Wladimir Putin gemacht, der bis heute militärisch und politisch dafür sorgt, dass Kiew die Kontrolle über die abtrünnigen Teile des Landes nicht wieder gewinnen kann.

Ich kann mich gut an die Stimmung erinnern, die damals am Wahltag herrschte. Ja, man durchlebte turbulente und schwierige Zeiten: Die Krim war an Russland verloren und im Osten des Landes wurde gekämpft – mit manchmal mehreren Dutzend Todesopfern pro Tag.

Und doch spürte ich eine grosse Aufbruchstimmung. Ganze Familien kamen in den typisch bestickten ukrainischen «Wischiwanka»-Hemden gekleidet an die Wahl. Poroschenko erhielt bereits im ersten Wahlgang die Mehrheit. Es waren laut westlichen Beobachtern die freiesten und fairsten Wahlen, die die Ukraine je gesehen habe. Poroschen-

ko wurde nicht als Retter gewählt, nicht als Messias oder als Zar. Er erhielt aber ein klares Mandat der Bevölkerungsmehrheit, die davon träumte, dass die Ukraine endlich ein normales europäisches Land werden sollte. Ein Rechtsstaat mit freien, zivilisierten Menschen, in dem es auch wirtschaftlich nachhaltig aufwärtsgeht. Das war der klare Auftrag an Poroschenko.

Die Bilanz nach fünf Jahren ist recht komplex. Man spricht häufig vom halb vollen oder halb leeren Glas. Selbstsüchtige Oligarchen haben noch immer viele Fäden in der Hand. Poroschenko hat massive Fehler gemacht. Zum Beispiel die Einsetzung eines ihm freundlichen, aber höchst umstrittenen Generalstaatsanwaltes. Auch seine Blockade-Politik gegen die Menschen in den von Russland kontrollierten, abtrünnigen Gebieten nehmen ihm dort viele sehr übel. Aber insbesondere wurden auf Druck der internationalen (westlichen) Geldgeber und



CHRISTOF FRANZEN
JOURNALIST SRF

der ukrainischen Zivilgesellschaft auch viele Reformen durchgeboxt. Die Früchte dieser Reformen kommen jedoch noch zu wenig zum Tragen. Der Alltag vieler Ukrainerinnen und Ukrainer bleibt hart. Dazu mehr in meiner nächsten Kolumne.

ECHO VOM BERG

Wo der Berghase im Pfeffer liegt

Im Leitartikel des «Walliser Boten» vom 7. Februar 2019 kommentierte der Redaktor forsch und faktenfrei, dass unter anderem «die geringe Unterstützung durch die öffentliche Hand» die Schieflage vieler Walliser Bergbahnen verursache. Da haben wir also die Schuldigen des Schlamassels: Kanton und Gemeinden lassen die Bahnen hängen!

Aber ist das wirklich so? Besagter WB-Kommentator kann dazu nichts Überprüfbares beitragen. Er hat einfach gutgläubig den Aussagen führender Tourismus- und Bergbahnpolitiker vertraut, die uns in purem «Bahnsinn» gebetsmühlenhaft ins Hirn und Herz meisseln, dass die umliegenden Länder – die Tiroler, Südtiroler, Piemontesen, Savoyarden und Bajuwaren – für den Tourismus und die Bergbahnen viel mehr tun als wir im Wallis.

Das kann sein. Dumm nur, dass niemand hieb- und stichfeste Vergleiche liefern kann, welche das schlagende Argument stützen könnten. Bei wem man auch immer nachfragt, ob beim Präsidenten der Tourismuskammer oder des Bergbahnverbandes, bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet (SAB) oder beim kantonalen Volkswirtschaftsdepartement, am Ende landet der arme Tor immer auf dem gleichen Haufen Papier – und ist so klug wie zuvor.

Das einzig halbwegs Brauchbare ist offenbar der 64-seitige Bericht «Internationaler Vergleich der Tourismuspolitik und -förderung», den der Bundesrat auf parlamentarisches Betreiben von Ständerat Beat Rieder erarbeiten und im Oktober 2018 veröffentlichen liess. Darin wird akribisch

viel Interessantes belegt, nur nicht die geringe Unterstützung der öffentlichen Hand. Im Gegenteil. Der Schlusssatz im Bundesrats-Bericht lautet: «Insgesamt bestätigt der Bericht, dass die Schweizer Tourismuspolitik und -förderung auch unter Einbezug der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, im globalen Vergleich sowie verglichen zu den Nachbarländern, gut aufgestellt ist.» Und etwas kleinlaut räumt der Bundesrat ein, dass «auf den Einbezug der teilweise ebenso wichtigen kommunalen Ebene aus Komplexitätsgründen verzichtet» wurde.

Womit wir da angekommen wären, wo der Berghase im Pfeffer liegt, nämlich beim entscheidenden Punkt: Unsere Bergbahnen sind, abgesehen von ein paar wenigen Ausnahmen, faktisch privat geführte Gemeindeunternehmen ausserhalb der demokratischen Kontrolle. Vorsichtig geschätzt wären drei Viertel der Oberwalliser Bergbahnbetriebe schon längst am Boden, wenn die Gemeinden nicht ohne Ende direkt und indirekt Unsummen von Steuergeldern in die Bahnen pumpen würden. Wenn in diesem Geschäftsmodell eines gewiss ist, dann sind es die Abschreiber und die Sanierungen der öffentlichen Hand quasi im 7-Jahres-Zyklus.

Nun kann man durchaus den Standpunkt vertreten, dass die Bergbahnen samt Wander- und Bikewegen, Sport- und Freizeiteinrichtungen wichtige Basisinfrastrukturen sind, die in erster Linie dazu dienen, dass die regionale Bau-, Gastro- und Dienstleistungswirtschaft Umsätze und Einkommen generieren kann. So wie es etwa die Kantonsstrassen, der öffentliche Verkehr, die Wasser- und Stromversorgung sind, wo es auch nicht darauf ankommt, wie viel direkten Gewinn sie abwerfen. Das heisst, dass wir dringend darüber diskutieren müssten, wie die Kosten eines vernünftigen Angebots gerechter auf alle Nutzniesser des Freizeit- und Erholungsgebietes verteilt werden können. Die Berggemeinden zahlen an die Werke und Einrichtungen im Tal überall mit. Wieso kann umgekehrt der Franken nicht auch mal bergauf gerollt werden, wo wir doch alle wissen, dass er schneller wieder im Tal ist als eine Staublawine im «Hornig»?

Was definitiv nicht geht, ist, dass die Gemeinden am Berg die Lasten weitgehend alleine tragen – und am Ende noch für die Schieflage verantwortlich gemacht werden.

POLITIK INSIDE

Vergessen zwischen Wettbewerb und Wolf?

Warum kommen die Touristen in die Schweiz und ins Wallis? Wegen der Landschaft! Das bestätigen alle Gästebefragungen. Und wer unterhält die Rebberge und pflegt die Alpweiden? Die Landwirtschaft. Im Wallis sind es dabei in den meisten Fällen Nebenerwerbslandwirtschaftsbetriebe. Schweizweit werden rund 30 % aller landwirtschaftlichen Betriebe im Nebenerwerb geführt. Doch die offizielle Agrarpolitik des Bundes blendet diesen Zweig der Landwirtschaft völlig aus. Ebenso wenig kümmert sich die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz darum. Und auch beim Schweizerischen Bauernverband lautet das Rezept für die Zukunft der Landwirtschaft: Betriebsvergrösserungen. Nur, das geht bei Nebenerwerbsbetrieben nicht. Denn bei ihnen steht nicht in erster Linie die Marktorientierung im Vordergrund. Viele wollen einfach die Tradition pflegen oder ihr Einkommen aus dem Haupterwerb etwas aufbessern. Es sind denn auch diese Nebenerwerbsbetriebe, welche besonders unter den Folgen der missglückten Grossraubtierpolitik leiden.

Wolfsrisse verursachen nicht nur wirtschaftliche Schäden. Sie verursachen auch emotionale Schäden. Wer selber nicht Landwirt ist, soll sich vorstellen, wie es wäre, wenn sein Hund oder seine Katze von einem Wolf gerissen oder von einem Auto überfahren wird. Genauso geht es auch einem Schäfer, der feststellen muss, dass der Wolf über Nacht wieder zugeschlagen hat. Kein Wunder also, dass es vor allem Nebenerwerbslandwirte sind, die frustriert ihren Betrieb aufgeben. Die Flächen verganden. Die gepflegte Kulturlandschaft und damit das Markenzeichen des Tourismuslandes Schweiz verschwindet. Lammfleisch wird von der Speisekarte gestrichen – oder dann aus Neuseeland importiert.

Die besonderen Leistungen der Nebenerwerbslandwirtschaft müssen von der Agrarpolitik des Bundes anerkannt werden. Die derzeit laufende Vernehmlassung zur Agrarpolitik nach 2022 bietet eine Chance, den unterschiedlichen regionalen Gegeben-



THOMAS EGGER
NATIONALRAT CSPO

heiten besser Rechnung zu tragen anstatt die Landwirtschaft auf dem Altar des Freihandels zu opfern. Der Nationalrat hat letzten Sommer diesbezüglich bereits ein unmissverständliches Zeichen gesetzt und den Agrarfreihandel gestrichen. In der Vorlage zur AP2022 sind auf Druck der SAB hin einige Elemente enthalten, welche auf eine Stärkung der Nebenerwerbslandwirtschaft hinauslaufen. So soll z.B. neu ein Betriebsbeitrag eingeführt werden und die Ausbildungsvorschriften werden für Nebenerwerbsbetriebe nicht verschärft. Hingegen ist unverständlich, dass die Schafwollverwertung einmal mehr gestrichen werden soll.

Eine radikale Kurskorrektur braucht es zudem bei der Grossraubtierpolitik. Der Wolf ist mit unserer Berglandwirtschaft nicht kompatibel und verursacht nur Schaden. Er ist auch längst nicht mehr von der Ausrottung bedroht. Die Berggebiete wollen nicht ein Naturreservat sein für ein paar Wolfsmantiker. Wir wollen hier leben und arbeiten können und dazu gehört auch die Landwirtschaft. Viele Bauern sind ob der Ohnmacht dem Wolf gegenüber verzweifelt und haben den Glauben in die Politik verloren. Wenn es nicht gelingt, mit der derzeit laufenden Revision des Jagdgesetzes eine taugliche Lösung für die Regulierung der Wolfsbestände zu finden, darf niemand überrascht sein, wenn es vermehrt zu Fällen von illegalen Wolfsabschüssen kommt.

«Viele Bauern haben den Glauben in die Politik verloren»



BEAT JOST
GEMEINDEPRÄSIDENT
IN ALBINEN